

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

29.07.2024

# Inhalt

## EWN

1   <b>Flaute an der Ostsee</b> <i>Berliner Zeitung, 29.07.2024</i> .....	3
2   <b>Atommüll in SH: Problemfall Zwischenlager</b> <i>ndr.de, 29.07.2024</i> .....	5

Berliner Zeitung | 29.07.2024 | S. 15

Auflage: 82.579 | Reichweite: 277.533

Liudmila Kotlyarova, Anika Schlünz

## Flaute an der Ostsee

### LNG-Terminal auf Rügen: Einspeisung ins Gasnetz liegt bei null. Nachfrage aktuell gering

Der Ausbau der LNG-Infrastruktur ist „essenziell für die Versorgungssicherheit in Deutschland“ – das betonte zumindest die Bundesregierung im vergangenen Juli in einer Mitteilung. Um die Gasversorgung in Deutschland zu gewährleisten und unabhängig von russischem Gas zu werden, wurden in den vergangenen Jahren fünf LNG-Terminals gebaut, eines davon in Mukran an der Ostsee.

#### Boom schon vorbei?

Doch im dortigen LNG-Terminal liegen die Einspeisungen ins Gasnetz seit dem 19. Juni bei null, wie Daten von Gas Infrastructure Europe (GIE) zeigen. Und auch insgesamt bleibt der Anteil von LNG am deutschen Energiemix eher überschaubar: Laut Bundesnetzagentur wurden 2023 nur sieben Prozent der Gasimporte über deutsche LNG-Terminals importiert. Ist der LNG-Boom also schon wieder vorbei?

Eigentlich hat das noch neue LNG-Terminal in Mukran bereits seit April die Erlaubnis vom staatlichen Umweltamt Vorpommern, vom Probetrieb in den Regelbetrieb überzugehen, wie unter anderem die Ostseezeitung berichtete. Im Mai sagte der Betreiber Deutsche ReGas dann plötzlich der Deutschen Presse-Agentur: „Der Zeitpunkt der anzuzeigenden Inbetriebnahme ist nicht weiter terminiert.“

Dabei soll das Terminal in naher Zukunft „eine zentrale Rolle für die Versorgung Ostdeutschlands“ einnehmen, denn die Kapazitäten sind groß: Laut einer Mitteilung von Deutsche ReGas soll das neue LNG-Terminal eine Regasifizierungskapazität von bis zu 13,5 Milliarden Kubikmetern Erdgas haben und damit in der Lage sein, 15 Prozent des deutschen Erdgasbedarfs zu decken.

Das LNG, das in Mukran regasifiziert werden soll, wird anschließend über eine Pipeline weiter nach Lubmin geleitet. Diese Pipeline wird vom Fernleitungsnetzbetreiber Gascade betrieben, der auf Nachfrage bestätigt: „Über den Entry-Punkt des Terminals Mukran, ‚Baltic Energy Gate Entry‘, sind im Juli 2024 bis dato

keine Gasmengen zum Transport in unser Netz nominiert worden.“ Der Betrieb des LNG-Terminals scheint also immer noch nicht so zu laufen wie ursprünglich geplant. Liegt das auch an einer fehlenden Nachfrage nach LNG? Am 12. Juli teilte zumindest die bundeseigene Deutsche Terminal GmbH mit, dass für die beiden LNG-Terminals Wilhelmshaven und Brunsbüttel bei einer Auktion weder kurzfristige noch langfristige Kapazitäten vermarktet werden konnten. Schuld seien laut DET Preisvorgaben der Bundesnetzagentur und EU-Vorgaben zum Wettbewerbsrecht.

Auch eine Auktion der Gaskapazitäten in Mukran lief Anfang Juli nicht so wie geplant. Sie wurde wegen „technischer Schwierigkeiten“ abgesagt. Bis zur Veröffentlichung dieses Artikels konnte die Deutsche ReGas keine Aussage treffen, warum genau die Gaseinspeisungen aus dem LNG-Terminal in Mukran derzeit bei null liegen.

Insgesamt scheint die Nachfrage nach LNG aktuell eher niedrig zu sein. Die deutschen LNG-Importe liegen laut Daten der Bundesnetzagentur seit dem 6. Juli unter 200 Gigawattstunden pro Tag. Am 12. und 13. Juli waren es sogar nur 30 Gigawattstunden. Zum Vergleich: Allein aus Norwegen importierte Deutschland im Juli mehr als 1000 Gigawattstunden Pipeline-Erdgas täglich.

Die aktuell geringe Nachfrage nach LNG kann mehrere Gründe haben, erklärt eine Sprecherin der Bundesnetzagentur auf Anfrage. Dazu gehören unter anderem die Marktpreise, die bei LNG üblicherweise höher sind als bei Pipeline-Gas. „Hinzu kommt, dass die Gasspeicher bereits zu knapp 90 Prozent gefüllt sind“, so die Sprecherin. Am 22. Juli lag der Füllstand demnach bei 87,75 Prozent.

Braucht Deutschland also überhaupt so viele LNG-Terminals? Aus der Sicht von einigen Umweltschützern lautet die Antwort ganz klar: Nein. So kam etwa ein Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Deutschen Umwelthilfe über das LNG-Terminal an der Ostsee schon im vergange-

nen September zu dem Schluss: „Es gibt weder energiewirtschaftliche noch industriepolitische Argumente für die Entwicklung des LNG-Projekts Mukran.“

### „Frage der Resilienz“

Die Bundesnetzagentur sieht das etwas differenzier-

ter. „Die Anzahl an LNG-Terminals ist eine Frage nach der gewünschten Resilienz“, sagt eine Sprecherin auf Anfrage. „Deren Nutzen kann nicht nur auf die Erdgasversorgung alleine betrachtet werden.“ Denn bei den Genehmigungsverfahren für LNG-Infrastruktur werde darauf geachtet, dass sie auch in Zukunft genutzt werden kann – etwa mit Wasserstoff.



📄 ndr.de | 29.07.2024 | Reichweite: 16.120.332

👤 Marian Schäfer

🔗 WEBLINK

## Atommüll in SH: Problemfall Zwischenlager

*Bis zu 100 Jahre dauert es wohl noch, bis es ein Endlager für den hochradioaktiven Abfall deutscher Kernkraftwerke gibt. So lange bleibt er in den Zwischenlagern. Die Gemeinden fordern dafür jetzt hohe Ausgleichszahlungen.*

Wäre da nicht dieses Hinweisschild - man würde am Kernkraftwerk Brunsbüttel (Kreis Dithmarschen) einfach vorbeifahren. Kein hoher Kühlturm wie beim Kernkraftwerk Isar in Bayern ragt hier in den Himmel und auch keine so markante Reaktorkuppel wie beim AKW im nahen Brokdorf (Kreis Steinburg). Nur ein schwarzer Kasten steht da.

### Atomares Erbe: Tausende Tonnen schwer

Am Verschwinden des Kraftwerks arbeitet der Betreiber Vattenfall seit 2019. An wenigen Orten lässt sich zeigen, wie wortwörtlich schwer das atomare Erbe ist: Hunderte See- und Schuttcontainer reihen und stapeln sich auf dem Gelände. Gefüllt sind sie mit eigentlich harmlosem, nicht radioaktivem Müll, den trotzdem keine Deponie bei sich haben will.

Doch selbst wenn der Müll irgendwann abgefahren ist, wird die Ära der Kernenergie in Brunsbüttel noch lange nicht vorbei sein: Es bleiben zwei riesige Zwischenlager - das eine etwa für verseuchte Bauteile vor allem aus dem Reaktorgebäude, das andere für die alten Brennelemente. 965 Stück in 20 Castoren, insgesamt 161 Tonnen hochradioaktives Material.

Entscheidung für Endlagerstandort zwischen 2046 und 2068

Während es für die schwach- und mittelradioaktiven Bauteile mit dem Schacht Konrad in Salzgitter zumindest schon ein Endlager gibt, steht ein Endlager für den hochradioaktiven Atommüll komplett in den Sternen. Eine Entscheidung darüber, wo es gebaut wird, erwartet die Bundesgesellschaft für Endlagerung frühestens 2046 und spätestens 2068. Und dann muss noch gebaut werden.

Martin Schmedtje rechnet deshalb damit, dass Brunsbüttel noch bis zu 100 Jahren mit dem nuklearen Er-

be leben muss. Schmedtje (parteilos) ist Bürgermeister der Gemeinde - und fordert einen finanziellen Ausgleich in Millionenhöhe. "Es war nie die Rede davon, dass der Atommüll hier gelagert werden soll", sagt Schmedtje. "Wenn wir das gewusst hätten, wäre das Kraftwerk hier nicht hingekommen." Seine Forderung: mindestens eine Million Euro jährlich.

### Standortkommunen fordern Millionen-Entschädigung

Die Forderung nach finanzieller Kompensation, sie wird derzeit nicht nur in Brunsbüttel, sondern auch in Brokdorf und Geesthacht sowie in ganz Deutschland laut. Dahinter steckt die Arbeitsgemeinschaft der Standortkommunen kerntechnischer Anlagen (ASKETA). In der haben sich alle Bürgermeister und Bürgermeisterinnen organisiert, die AKW bei sich in der Gemeinde haben - und damit auch Zwischenlager.

Tatsächlich waren die dort anfangs nicht geplant. Wie einer geschichtlichen Abhandlung des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung zeigt, existierte zu Beginn der Atomergie die Idee eines Kernbrennstoffkreislaufs: Abgebrannte Brennstäbe sollten soweit wie möglich wiederaufbereitet und der restliche Atommüll zentral in Ahaus und Gorleben zwischen- und schließlich endgelagert werden.

### Zwei gebrochene Versprechen - und blockierte Flächen

Erst Anfang 2000 entschied die damalige Bundesregierung, den Atommüll dezentral an den Kernkraftwerkstandorten zu lagern. "Für maximal 40 Jahre, so hieß es damals, denn dann habe man ja ein Endlager", sagt Martin Schmedtje. Dass dem nicht so ist und die Kommunen jetzt auf dem Müll, der nie bei ihnen hätte landen sollen, sitzen bleiben - für Schmedtje zwei gebrochene Versprechen.

Neben dem Sicherheitsrisiko, mit dem seine Bevölkerung weiterhin leben müsse, stört sich der Bürgermeister daran, wertvolle Industrieflächen sehr viel länger als geplant nicht oder nur eingeschränkt nutzen zu können. Und, dass mit reinen Lagerstätten-Gemeinden wie dem nordrhein-westfälischen Ahaus und Gorleben in Niedersachsen anders umgegangen werde: "Die sind seit jeher dafür entschädigt worden", sagt Schmedtje.

### **BGZ bestätigt Zahlungen an "nur"-Lager-Gemeinden**

Die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), die die meisten Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle betreibt, bestätigt das: "Die Verträge an den beiden Standorten, an denen keine Atomkraftwerke mit entsprechenden Steuereinnahmen betrieben wurden, enthalten auch Vereinbarungen über finanzielle Kompensationen", schreibt sie auf Anfrage.

Neben Ahaus und Gorleben sind das demnach auch die Samtgemeinde Gartow und der Landkreis Lüchow-Dannenberg in Niedersachsen. Wie hoch die Zahlungen sind, darf die BGZ nicht sagen - die ASKETA geht von einem Sockelbetrag von 800.000 bis 1,3 Millionen Euro zuzüglich variabler Zahlungen (zum Beispiel je Behälter) pro Jahr und Gemeinde aus. Insgesamt also womöglich bis zu 1,7 Millionen Euro.

### **Bundesumweltministerium: Einschränkungen "unstrittig"**

Laut Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz handelt es sich um Altverträge. Die habe die BGZ im Jahr 2017 nach einem Kompromiss mit den Energieversorgern quasi mit der Zuständigkeit für die meisten Zwischenlager zusammen übernommen. Die Vereinbarungen seien noch mit der früheren Betreiberin, der privaten GNS Gesellschaft für Nuklear-Service, geschlossen worden.

"Die BGZ hat keine eigenen Mittel, um weitere Kompensationen leisten zu können. Auch der Bundeshaushalt enthält dafür keine Ausgabeermächtigung", schreibt das Ministerium. Zugleich sei "unstrittig", dass sowohl die verlängerte Zwischenlagerung als auch der Abbau der Atomkraftwerke die Nutzbarkeit der Standorte für andere Ansiedlungen einschränke.

### **Zwischenlager müssen ab 2034 neu genehmigt werden**

Laut Olaf Schulze, dem Bürgermeister von Geesthacht und stellvertretenden Vorsitzenden der ASKETA, wird das Bündnis seine Forderungen nun verstärkt an die

Fraktionen im Bundestag richten. Der muss sich, so ist es im Atomgesetz geregelt, nämlich mit jeder Verlängerung eines Zwischenlagers befassen. Deren Genehmigungen sind allesamt auf 40 Jahre befristet und laufen ab 2034 nach und nach aus.

NDR Schleswig-Holstein hat die Obleute beziehungsweise Sprecher der größten Fraktionen im Bundestagsausschuss, der sich unter anderem mit der nuklearen Sicherheit und deshalb auch mit der Endlagerfrage beschäftigt, um Stellungnahme zu den Entschädigungsforderungen gebeten.

### **Mögliche Entschädigung: Das sagen die Bundestagsfraktionen**

Judith Skudelny (FDP) etwa antwortet, das Ansinnen der Gemeinden sei zwar sehr gut nachvollziehbar. "Die Situation, dass Flächen in privater Hand vorhanden sind, für die die Gemeinde eine andere Nutzung wünscht, ist jedoch kein seltener Einzelfall in Deutschland." Bei einer "außerordentlichen Beschwerne" müsse man allerdings über Kompensationen sprechen.

Harald Ebner (Grüne) schreibt, es müsse die "tatsächliche finanzielle Belastung" genau ermittelt - und dabei die jahrzehntelangen Gewerbesteuererinnahmen aus dem AKW-Betrieb berücksichtigt werden. Auch Jakob Blankenburg (SPD) betont den Profit der Kommunen durch die Kernenergie. "Zudem ist durch die sehr angespannte Haushaltslage wenig Spielraum für Ausgleichszahlungen in den Dimensionen, die ASKETA fordert", so Blankenburg.

Astrid Damerow (CDU/CSU) spricht sich dafür aus, einen finanziellen Ausgleich zu prüfen. Sie kündigt an, die Unionsfraktion werde die ASKETA-Gemeinden noch dieses Jahr nach Berlin einladen. Rainer Kraft (AfD) hält selbst die Kompensationen für Gorleben, Ahaus und Co. für "relativ obsolet". Denn von den Lagern, schreibt Kraft, gingen keine Gefahren aus, die "das übliche Maß" etwa bei Chemie-Ansiedlungen überschreiten würden.

Die Sprecher der Regierungsfaktionen SPD, Grüne und FDP gehen davon aus, sich im Zuge der Neugenehmigung der Lager jeden Fall einzeln anzuschauen - auch, um die "spezifischen Gegebenheiten" (Harald Ebner) nicht nur finanzieller, sondern vor allem sicherheitstechnischer Art prüfen zu können.

### **Kommunen wollen nicht still und heimlich Endlager werden**

Olaf Schulze hofft, dass der Bundestag nicht scheinbar reagiert, sondern das Zwischenlagerkon-

zept einmal grundsätzlich überdenkt. Das neue Konzept soll dann nicht nur Ausgleichszahlungen für alle enthalten, sondern auch wieder zeitliche Befristungen. "Die Genehmigungen dürfen weiterhin immer nur einige Jahre gelten, damit regelmäßig die Situation bewertet wird - und wir nicht still und heimlich zu Endlagern werden", so Schulze.

### **Bürgermeister: Geht auch um Verlässlichkeit und Fairness**

Laut Bundesumweltministerium kostete die Zwischenlagerung den Bund im Jahr 2023 allein in

Schleswig-Holstein 48 Millionen Euro. Mit deutschlandweit insgesamt 429 Millionen Euro machte der Atommüll fast ein Fünftel der Gesamtausgaben des Ministeriums aus.

Für Martin Schmedtje geht es aber nicht allein um Geld. Es geht ihm um Verlässlichkeit der Politik - und Fairness: "Hier zeigt sich sehr deutlich", sagt der Bürgermeister mit Blick auf die Container am Kernkraftwerk, "dass die gesellschaftliche Verantwortung dafür, was wir mit den Überresten der atomaren Stromgewinnung machen, allein bei den Betreiberkommunen liegt - und das kann nicht sein."



**Bildunterschrift:** Das Kernkraftwerk Brunsbüttel befindet sich seit 2019 im Rückbau. Im Vordergrund stapeln sich Seecontainer mit eigentlich harmlosem Bauschutt - doch keine Deponie will den haben. - Foto: Marian Schäfer



**Bildunterschrift:** *Martin Schmedtje (parteilos) ist Bürgermeister von Brunsbüttel. Er fordert für die verlängerte Zwischenlagerung von Atommüll jetzt Entschädigung - so wie Kommunen in ganz Deutschland. - Foto: Marian Schäfer*



**Bildunterschrift:** *Neben einem Zwischenlager für hochradioaktiven Müll (Vordergrund) gibt es in Brunsbüttel auch eins für schwach- und mittelradioaktiven (weißes Lager hinten). Dort werden bald AKW-Bauteile gelagert. - Foto: Marian Schäfer*



**Bildunterschrift:** Laut BGZ bekommt Gorleben für das atomare Zwischenlager Ausgleichszahlungen. - Foto: Julian Stratenschulte/dpa